



# 17. Wahlperiode Berliner-Brief

## Juli – September 2013



### Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

in den vergangenen vier Jahren, in denen die christlich-liberale Koalition regierte, wurde viel erreicht. Die Arbeitslosigkeit sank um mehr als zwei Millionen, die wirtschaftliche Entwicklung ist positiv, die Finanzlücke des Bundeshaushaltes konnte weitgehend geschlossen werden und der Euro wurde stabilisiert. All dies konnte zum Wohle der Menschen nur geschehen, da die Bundesregierung unter Führung von Bundeskanzlerin Angela Merkel die richtigen Weichen stellte und eine Politik auf Basis der Sozialen Marktwirtschaft betrieb. Wer möchte, dass es unserem Land weiterhin gut geht, der muss dafür sorgen, dass Angela Merkel Bundeskanzlerin bleibt und die jetzige Regierung die Mehrheit behält. Auch wenn die Umfragen momentan für uns sprechen: Wir brauchen jede Stimme!

Am 22. September 2013 ist Bundestagswahl. Die Wahlprogramme von SPD und Grünen sind sehr links – ein klares Signal an die Linkspartei. Einer Koalition mit der CDU/CSU haben SPD und Grüne eine Absage erteilt. Die Umfragewerte für die Bundeskanzlerin Angela Merkel sind sehr gut. Der Kanzlerkandidat der SPD, Peer Steinbrück, ist weit abgeschlagen. Aber wir dürfen uns keiner Illusion hingeben. SPD, Grüne und Linkspartei

werden gemeinsam nach der Macht greifen – das kann ich aus den Debatten im Bundestag nur bestätigen – wenn sie zusammen eine Mehrheit im Bundestag haben. Den Bundeskanzler wählt der Bundestag.

Der Bundestag könnte im Falle einer Mehrheit von rot-grün oder von rot-grün-rot durchaus Sigmar Gabriel oder einen anderen Bundestagsabgeordneten zum Kanzler wählen. Diese Tatsache wird von vielen nicht wahrgenommen. Risiko ist, dass viele Bürger bei der Bundestagswahl zu Hause bleiben in der Annahme, dass Angela Merkel sowieso Kanzlerin bleibt. In den kommenden drei Monaten wird in meinem Wahlkreis und auch deutschlandweit besonders viel an politischen Veranstaltungen und Diskussionsmöglichkeiten geboten.

Diskutieren Sie mit! Bringen Sie sich ein und entscheiden Sie selbst, wer die nächsten vier Jahre Deutschland regieren soll.

Herzlichst,

*Bettina Kudla*  
Ihre Bettina Kudla

### INHALT

Vertriebene: Blick zurück und nach vorn • Steuerpläne von Rot-Rot-Grün	S. 2
US-Präsident Obama in Berlin • Bundesregierung entlastet Kommunen	S. 3
Denkmalschutz-Programm des Bundes • „Leipzig Fernsehen“ erhalten! • Bankenunion kommt	S. 4
Die Behindertenpolitik der christlich-liberalen Koalition	S. 5
Wasserfest in Thekla • Clownmuseum in Leipzig • Gesundheit und Wirtschaft	S. 6
Infos zur Briefwahl • Wichtige Branche: Freie Berufe	S. 7
CDU Leipzig: Neuer Kreisvorstand • 150 Jahre SPD • Adressen zur Berufsberatung • Kontakt	S. 8

### Wichtige Termine (Auswahl)

- 21.08.2013 Informationsveranstaltung zur Bundestagswahl von 18.30-20.00 Uhr; Anmeldung wird erbeten
- 28.08.2013 MIT-Sommerfest mit CDU/CSU-Fraktionsvize Dr. Günter Krings MdB
- 30.08.2013 Ministerpräsident Stanislaw Tillich MdL von 11.00 – 14.30 Uhr in Leipzig
- 30.08.2013 Veranstaltung mit Senioren Union und Sozialministerin Christine Clauß MdL von 15.00 – 17.00 Uhr
- 04.09.2013 CDU/CSU-Fraktionschef Volker Kauder MdB von 18.00 – 20.00 Uhr in Leipzig
- 22.09.2013 Bundestagswahl

Nähere Infos finden Sie auf [www.bettinakudla.de](http://www.bettinakudla.de) oder können diese telefonisch im Wahlkreisbüro erfragen.

### Bilanzbroschüre der CDU/CSU-Bundestagsfraktion erschienen:

Die Legislaturperiode neigt sich dem Ende zu, am 22. September 2013 ist Bundestagswahl. Die christlich-liberale Koalition unter Führung von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel hat viel für unser Land erreicht.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat eine handliche Broschüre herausgegeben, die Bilanz über die letzten vier Jahre zieht. Diese können Sie gerne in meinem Wahlkreisbüro kostenfrei erhalten.



## 60 Jahre Bundesvertriebenengesetz – Erfolgsgeschichte und Blick in die Zukunft

**Vor 60 Jahren, am 25. März 1953, verabschiedete der erste Deutsche Bundestag das Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (BVFG).**

Das Gesetz legt die Grundlagen für die Rechte der aufgrund der Ereignisse des Zweiten Weltkriegs Heimatvertriebenen, deutschen Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler fest.

Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich MdB würdigte aus diesem Anlass in

**„Das reiche kulturelle Erbe, das die Deutschen aus ihrer jahrhundertalten Geschichte im östlichen Europa mitbrachten, ist für unsere Nation von herausragender Bedeutung. Ob Musik, ob Malerei, ob Architektur, Philosophie oder Wissenschaft und Forschung, der Beitrag des schöpferischen Geistes der Deutschen in den ehemaligen Ostgebieten hat unsere Nation und ihre Entwicklung mitgeprägt.“**

*(aus der Regierungserklärung von Bundesminister Dr. Hans-Peter Friedrich MdB).*

einer Regierungserklärung am 13. Juni 2013 das Gesetz als eine deutsche Erfolgsgeschichte. Die junge Bundesrepublik Deutschland nahm nach 1945 etwa 12 Millionen Flüchtlinge und Heimatvertriebene auf. Hinzu kommen fast drei Millionen Aussiedler und Spätaussiedler.

Heute, 60 Jahre nach der Verabschiedung des Gesetzes, liegt das Augenmerk auf einem regen kulturellen Austausch mit den östlichen Regionen Europas. Vor allem junge Menschen haben ihr Interesse an der Kultur und der Geschichte entdeckt. Im Bundesvertriebenengesetz wird u.a. die Kulturarbeit hervorgehoben, die z.B. durch Stipendienprogramme, Schulprojekte und Sommerakademien zum Ausdruck

**„Die Integration ist nur geglückt, weil die einen es wollten und die anderen alles darangesetzt haben, in dieser Gesellschaft heimisch zu werden.“**

*(Volker Kauder MdB, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion).*

kommt. Dadurch leistet das Vertriebenengesetz nach wie vor einen wichtigen Beitrag zum Frieden und zur Völkerverständigung in Europa.

Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages nahmen das Jubiläum zum Anlass, sich für die Ächtung von Vertreibung weltweit einzusetzen. Noch immer werden oder sind Menschen gezwungen, ihre Heimat zu verlassen. Der Deutsche Bundestag spricht sich dafür aus, an die Opfer von Flucht und Vertreibung im Rahmen eines internationalen Gedenktages zu erinnern. Der bestehende Weltflüchtlingstag am 20. Juni soll um das Gedenken an die deutschen Heimatvertriebenen erweitert werden.

## Steuerliche Belastungen – Rot-Grün käme teuer!

Mit dem Eckwertebeschluss zum Bundeshaushalt 2014 und zum Finanzplan 2013 bis 2017 legte Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble im Frühjahr ein nachhaltiges Konsolidierungskonzept vor. Kommendes Jahr wird die Neuverschuldung mit 6,4 Milliarden Euro so niedrig sein wie seit 40 Jahren nicht mehr. Schon 2015 werden keine neuen Schulden mehr gemacht. Die Kriterien der Schuldenbremse hält der Bund bereits seit 2012 ein. Mit den erwarteten Überschüssen im Bundeshaushalt ab 2016 will der Bund die Schuldentilgung einleiten. Bei diesen Eckdaten darf der Steuererhöhungswettbewerb in den Wahlprogrammen der Oppositionsparteien daher sehr verwundern.

### SPD

Einkommen und Vermögen wollen die Sozialdemokraten deutlich stärker belasten. Ab einem zu versteuernden Einkommen von 100.000 Euro soll der Spitzensteuersatz zukünftig 49 Prozent betragen. Über die Ausgestaltung der Vermögenssteuer sind sich die Sozialdemokraten noch nicht einig – im Wahlprogramm festgelegt ist nur die Einführung. Einkommen aus Kapitalvermögen (Abgeltungssteuer) sollen mit 32 Prozent deutlich mehr belastet werden als bisher.

### Grüne

Auch die Grünen wollen Einkommen und Vermögen deutlich mehr belasten. Bei einem Einkommen von 60.000 Euro soll

der Spitzensteuersatz auf 45 Prozent, ab 80.000 Euro auf 49 Prozent angehoben werden bei einem Grundfreibetrag von 8.700 Euro. Neben einer Vermögensabgabe wollen die Grünen eine Vermögenssteuer – auch auf Betriebsvermögen – einführen, die die Unternehmen deutlich belasten würde: Die Steuer würde zu 90% die Betriebsvermögen betreffen. Das Aufkommen der Erbschaftsteuer soll auf 8,6 Milliarden Euro verdoppelt werden.

### Linke

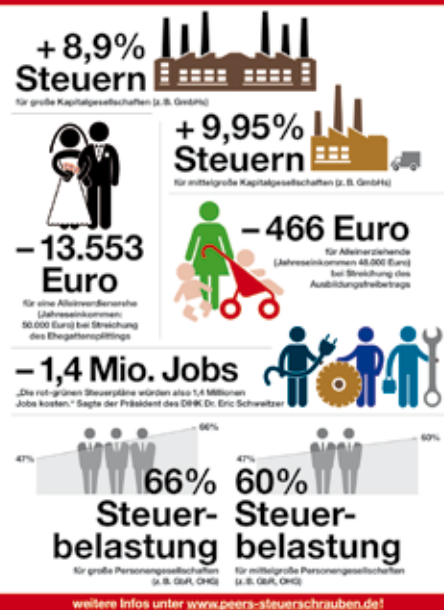
Das umfassendste Steuererhöhungsprogramm hat „traditionell“ die Linkspartei. Einkommen und Vermögen sollen ebenso massiv belastet werden wie Erbschaften und Unternehmen. Privat- und Betriebsvermögen sollen ab 1.000.000 Euro mit 5 Prozent und Einkommen ab 1.000.000 Euro mit 75 Prozent besteuert werden. Daneben soll der Spitzensteuersatz ab einem zu versteuernden Einkommen von 65.000 Euro auf 53 Prozent angehoben werden.

### CDU/CSU und FDP

Der Schuldenabbau ist in greifbarer Nähe. Arbeitsmarkt und Wirtschaftswachstum zeigen sich robust. Steuererhöhungen sind daher nicht notwendig. Sie würden die Bürger zusätzlich belasten und zum Verlust von Kaufkraft und Investitionen führen. Vielmehr sollte man unter Finanzierungsvorbehalt Spielräume für Entlastungen ausloten. CDU,

CSU und FDP werden in ihrer Arbeit auch weiterhin für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Steuereinnahmen und Steuerausgaben sorgen. Menschen und Unternehmen sollen so wenig wie möglich belastet werden. Nur so ist das Prinzip der Sozialen Marktwirtschaft konsequent umzusetzen: Der deutsche Sozialstaat wird getragen durch die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit seiner Menschen.

### Die SPD-Steuerpläne auf einen Blick



## US-Präsident Obama in Berlin +++ Bundesregierung entlastet Kommunen

### “Hello, Berlin! – Thank you, Chancellor Merkel, for your leadership, your friendship, and the example of your life...”

„Hallo Berlin! Bundeskanzlerin Merkel, ich danke Ihnen für Ihre Führungsrolle, Ihre Freundschaft und das Vorbild Ihres Lebenslaufs.“ – US-Präsident Barack Obama am 19.06.2013 in Berlin vor dem Brandenburger Tor

Das Berliner Regierungsviertel glich einem Hochsicherheitstrakt und der Sommer hatte sich ausgerechnet am Tag des Besuchs des US-Präsidenten entschieden, alle Register zu ziehen. Bei brütender Hitze mit Temperaturen weit über 30 Grad Celsius war es dennoch eine große Ehre für mich, auf dem Pariser Platz über drei Stunden lang die Veranstaltung mit „Mr. President“ mitzuerleben. Nicht nur die Hitze heizte uns ein, sondern auch der Geiger David Garrett mit einem Spitzen-Musikprogramm.

Dann endlich war es so weit. Zunächst begrüßte Bundeskanzlerin Angela Merkel den Staatsgast auf ihre gewohnt souveräne und herzliche Weise. Barack Obama dankte der Bundeskanzlerin und den Deutschen für die Freundschaft mit den Vereinigten Staaten.

Die Stimmung vor Ort war überwältigend. Der US-Präsident wirkte unkompliziert und sympathisch und er erinnerte zu Recht daran, dass wir alle auch Weltbürger sind und uns unserer internationalen Verantwortung für die nachfolgenden Generationen stellen müssen.

Fast genau 26 Jahre zuvor, im Juni 1987, hielt US-Präsident Reagan (auf der Westseite des Brandenburger Tors) eine Rede. Der Republikaner appellierte damals, als das Ende von Mauer und Stacheldraht noch unendlich weit entfernt schienen, an den damaligen Staats- und Parteichef der Sowjetunion, mit den Worten: „Mr. Gorbachev, open this gate. Mr. Gorbachev, tear down this wall!“ – „Herr Gorbatschow, öffnen Sie dieses Tor. Herr Gorbatschow, rei-

ßen Sie diese Mauer ein!“ Ronald Reagan wurde damals von vielen, vor allem den politisch linken Kräften in der Bundesrepublik, für seine „reaktionären“ Worte kritisiert und verspottet. Dabei waren sie ein entscheidender Baustein auf dem Weg in Richtung Freiheit und Einheit.

Und so war ich nach der Rede von Barack Obama – die ohne die Ereignisse von 1987, 1989 und 1990 so niemals und schon gar nicht auf der Ostseite des Brandenburger Tors hätte stattfinden können – zwar von der Hitze geschafft, aber sehr beeindruckt vom Auftritt des US-Präsidenten.



FOTO: TOBIAS „TOKO“ KOCH

### Bundesregierung tut viel für die Kommunen –

## Städte, Gemeinden und Landkreise entlastet

**Noch nie haben Städte, Gemeinden und Landkreise in einem solchen Umfang von der Arbeit einer Bundesregierung profitiert wie „unter“ der christlich-liberalen Koalition. Der Bund entlastet die Kommunen um rund 4,5 Milliarden Euro jährlich durch die stufenweise Übernahme der Kosten der Altersgrundversicherung, um rund 5,5 Milliarden Euro jährlich durch Unterstützung beim Ausbau der Kleinkinderbetreuung und um rund 1,2 Milliarden Euro durch das neu geschaffene Bildungspaket.**

Die wachstumsorientierte Politik der Bundesregierung ließ die Einnahmen der Kommunen sprudeln. So konnte über alle Kommunen insgesamt ein Überschuss von 1,8 Milliarden Euro verbucht werden. Die Einnahmen aus der kommunalen Gewerbesteuer haben im Jahr 2012 das Vorkrisenniveau von 2008 erreicht und wuchsen zuletzt um fast 6 Prozent.

Bereits zu Beginn der Legislaturperiode haben sich CDU, CSU und FDP das Ziel gesetzt, die Kommunen in Deutschland zu entlasten, deren Handlungsspielraum zu erweitern und die Selbstverwaltung zu stärken. Hierzu wurden 65 Aktionspunkte im Koalitionsvertrag 2009 festgehalten, die konsequent abgearbeitet wurden. Neben der Trendwende bei den kommunalen Finanzen und der breiteren finanziellen Unterstützung durch den Bund ist vor allem die stärkere Beteiligung der Kommunen bei der Bundesgesetzgebung hervorzuheben. Künftig können die kommunalen Spitzenverbände Stellungnahmen zu Gesetzentwürfen, die für sie relevant sind, abgeben. Im Rahmen des neu geschaffenen Bundesfreiwilligendienstes – dieser umfasst den früheren Zivildienst, sowie Sport, Integration, Kultur, Bildung und Katastrophenschutz – stellt der Bund 300 Millionen Euro für freiwilliges Engagement zur Verfügung.

Um die Lage der Kommunen in der Bundesrepublik Deutschland besser einschätzen zu können, haben die Regierungsfractionen eine gleichnamige Große Anfrage an die Bundesregierung gerichtet. Diese sowie einen kurzen Überblick über die erreichten Entlastungen stellt Ihnen mein Wahlkreisbüro gerne zur Verfügung.

Auch bei der aktuellen Flutkatastrophe lässt der Bund die Kommunen in Deutschland nicht allein. Um die Hilfsgelder für die Flutopfer möglichst zügig zur Verfügung stellen zu können, finanziert der Bund den Solidaritätsfonds „Aufbauhilfe“ in Höhe von bis zu 8 Milliarden Euro alleine vor. Den Finanzierungsanteil der Bundesländer von 3,25 Milliarden Euro leisten diese bis 2033 an den Bund. Hierzu fließt jährlich ein Betrag von 202 Millionen Euro in den Bundeshaushalt.

## Bund setzt Denkmalschutz-Programm fort – Kirchen profitieren von Geldern

**Im Jahr 2008 rief der Bundesbeauftragte für Kultur und Medien, Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU), das „Denkmalschutz-Sonderprogramm“ ins Leben. Durch dieses Programm mit einem bisherigen Umfang von 100 Millionen Euro konnten viele national wertvolle Kulturdenkmäler vor dem endgültigen Verfall bewahrt werden.**

Auch in meinem Wahlkreis konnte ich zwei Kirchen bei der Beantragung der Fördergelder unterstützen, so dass dort nun dringend notwendige Sanierungsmaßnahmen in Höhe von mehreren hunderttausend Euro durchgeführt werden können.

Ich möchte alle Kirchen in meinem Wahlkreis ermuntern, ebenfalls einen Förderantrag zu stellen. Der Bundesbeauftragte für Kultur und Medien beabsichtigt, das Denkmalschutz-Sonderprogramm auch nach der Bundestagswahl am 22. September 2013 fortzusetzen. Endgültig entscheiden

wird darüber jedoch der nach der Wahl neu zusammengesetzte Haushaltsausschuss des Bundestages. Umso wichtiger ist es, dass auch die neue Bundesregierung von CDU und CSU gestellt wird, denn hier haben die Themen Denkmalschutz und Kirchenförderung einen hohen Stellenwert.

Mehr über das Denkmalschutz-Sonderprogramm des Bundes sowie über die Themen Denkmalschutz und Baukultur im Allgemeinen erfahren Sie hier:

[http://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Bundesregierung/BeauftragterfuereKulturundMedien/kultur/kunstKulturfoerderung/foerderbereiche/erhaltungDenkmaeler/\\_node.html](http://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Bundesregierung/BeauftragterfuereKulturundMedien/kultur/kunstKulturfoerderung/foerderbereiche/erhaltungDenkmaeler/_node.html)

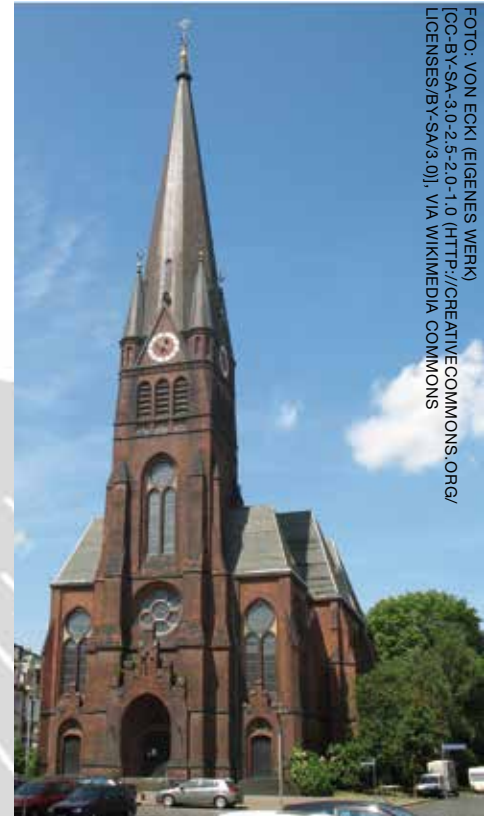


FOTO: VON ECKI (EIGENES WERK)  
[CC-BY-SA-3.0-2.5-2.0-1.0 (HTTP://CREATIVECOMMONS.ORG/LICENSES/BY-SA/3.0)], VIA WIKIMEDIA COMMONS

## „Leipzig Fernsehen“ muss erhalten bleiben!

**Am 30. Mai 2013 wurde die Nachricht verbreitet, dass „Leipzig Fernsehen“ am 30. September 2013 aus finanziellen Gründen seinen Betrieb einstellt. Soweit darf es nicht kommen, der private Fernsehsender, der seit 1995 in Leipzig sendet, muss erhalten bleiben!**

Viele Bürgerinnen und Bürger – gerade der älteren Generation oder Menschen mit geringem Einkommen – verfügen oft über keine Tageszeitung. Für sie sind lokale Radio- und Fernsehsender wie „Leipzig Fernsehen“ oft die entscheidenden Medien, um tagesaktuell über das Geschehen in ihrer Stadt oder Gemeinde informiert zu bleiben.

Daher habe ich an die Stadt Leipzig sowie den Freistaat Sachsen gemäß ihrer jeweiligen Zuständigkeit für Wirtschaft bzw. für Rundfunk und Fernsehen appelliert, nach Lösungen zu suchen, wie die Existenz von „Leipzig Fernsehen“ und anderen kleinen lokalen Privatsendern dauerhaft gesichert werden kann.

Im Unterschied zu den öffentlich-rechtlichen Sendern wie dem MDR profitieren diese nicht von den Rundfunkgebühren – die nun alle Haushalte zu zahlen haben – und müssen sich alleine über Werbeeinnahmen finanzieren. Gehen diese aufgrund des allgemeinen Trends, dass immer mehr Wer-



bung nur noch im Internet geschaltet wird, zurück, kann ein kleiner Lokalsender nicht mehr kostendeckend arbeiten und muss seinen Betrieb einstellen. Es sollte deshalb nach Mitteln und Wegen gesucht werden, wie der Freistaat Sachsen kleine Privatsender finanziell unterstützen kann, ohne dass dies zu rechtlichen Problemen führt. Nicht nur im Interesse der 20 Mitarbeiter von „Leipzig Fernsehen“, sondern auch im Interesse einer weiterhin vielfältigen Medienlandschaft in Leipzig und Sachsen sollte dieses Problem angegangen werden.

## „Bankenunion“ kommt – mehr Aufsicht durch die EZB

Mit der „Single Supervisory Mechanism“-Verordnung (SSM-VO), der sog. „Europäischen Bankenaufsicht“ oder „Bankenunion“ wird der Gipfelerklärung der europäischen Staats- und Regierungschefs vom 29. Juni 2012 entsprechend – ein einheitliches Bankenaufsichtssystem in der Eurozone und in freiwillig teilnehmenden Nicht-Euro-Staaten etabliert. Hierzu sollen künftig „bedeutende Kreditinstitute“ und Institute, die Hilfen aus dem Europä-

ischen Stabilitätsmechanismus (ESM) oder der Europäischen Finanzstabilitätsfazilität (EFSF) erhalten – mindestens aber die drei bedeutendsten Institute eines jeden



teilnehmenden Mitglieds - bei wichtigen aufsichtsrechtlichen Auflagen der Aufsicht durch die Europäische Zentralbank (EZB) unterliegen anstatt wie bisher den nationalen Behörden.

In Deutschland ist bislang die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (Bafin) zuständig. Als „bedeutend“ gilt ein Institut oder eine Gruppe dann, wenn die Bilanzsumme 30 Mrd. € überschreitet oder diese mehr als 20% des Bruttoinlandsprodukts des teilnehmenden Staates übersteigt.

## Behindertenpolitik –

# „Mittendrin von Anfang an“

**In Deutschland leben etwa 9,6 Millionen Menschen mit einer Behinderung. Das sind fast 12 Prozent der Bürgerinnen und Bürger. Davon leben 7,1 Millionen Menschen mit einer schweren Einschränkung. Verbesserte Lebensbedingungen für Menschen mit Behinderung zu schaffen ist daher keine soziale Nische, sondern ein echter Auftrag an Politik und Gesellschaft! Deutschland ist hier Vorreiter: Seit 1994 ist der Auftrag klar in Artikel 3 des Grundgesetzes manifestiert: „Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“**

Ein wichtiger Schritt wurde mit der Ratifizierung des Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderung der Vereinten Nationen („UN-Behindertenrechtskonvention“) am 24. Februar 2009 gemacht: Umfassende Teilhabe in allen Lebensbereichen ist ein Menschenrecht. Mit dem Nationalen Aktionsplan hat die Bundesregierung über 200 Einzelmaßnahmen in den wichtigsten Lebensbereichen (bspw. Bildung, Arbeit, Gesundheit und Freizeit) festgelegt, um die Konvention mit Leben zu füllen. Die Ziele sollen schrittweise bis 2020 erreicht werden.

### Teilhabe am Berufsleben

Menschen mit Behinderung haben am Arbeitsmarkt meist schlechtere Chancen, obgleich die gleichwertige Qualifikation zur entsprechenden Ausübung eines Berufs vorhanden ist. Positive Beispiele und Erfahrungen sollen Schule machen und etwaige Vorurteile in Unternehmen und Belegschaft abbauen. Die Bundesregierung hat sich daher besonders dafür eingesetzt, Unternehmen stärker zu beraten.

Mit dem Arbeitsmarktprogramm „Initiative Inklusion“ stellt das Bundesministerium für Arbeit und Soziales insgesamt 100 Millionen Euro zur Verfügung, um Ausbildungsplätze für Jugendliche mit Behinderung zu schaffen und Neueinstellungen von Älteren zu fördern. Die Gelder können durch die Bundesländer abgerufen werden.

### Teilhabe an Freizeit und Kultur

Trotz mancher Hürden ist das Freizeitangebot für Menschen mit Behinderung so umfangreich wie noch nie zuvor. Allein der

Deutsche Behindertensportverband bietet im Bereich des Leistungssports 45 Sportarten an (davon 23 paralympische). Vereine stützen sich hierbei auf eine Vielzahl ehrenamtliche Tätiger, denen der Dank von uns allen gebührt. Der Bund fördert den Leistungs-, Breiten- und Rehabilitationssport in der Periode 2010 bis 2013 mit mehr als 20 Millionen Euro.

Filmproduzenten, die die volle Förderung des Deutschen Filmförderfonds abschöpfen wollen, müssen künftig Audiodeskription und Untertitel vorsehen.

### Teilhabe an Mobilität – Barrierefreiheit in allen Lebenslagen

Mobilität und Barrierefreiheit sind die wichtigsten Bausteine einer umfassenden Teilhabe an allen Lebensbereichen und für ein selbständiges und selbstbestimmtes Leben ohne dauerhaft auf Hilfe anderer angewiesen zu sein. Hierfür hat sich die Bundesregierung stark gemacht.

Bis 2022 müssen die Bundesländer vollständige Barrierefreiheit im Nahverkehr gewährleisten. Neue Fernbusse müssen ab 1. Januar 2016 mindestens zwei Stellplätze für Rollstühle vorhalten. Bereits seit 2011

können zudem Schwerbehinderte bundesweit mit allen Nahverkehrszügen der Deutschen Bahn und S-Bahn kostenlos fahren. Bisher war dies nur in einem Umkreis von 50 Kilometern möglich.

Die Internetplattformen von Bundesbehörden sollen durch Abbau von Hemmnissen schrittweise den Anforderungen der Menschen mit Behinderung gerecht werden.

Sollten Sie persönlich eine Behinderung haben oder jemand kennen, können Sie sich gerne an den Beauftragten der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen Hubert Hüppe MdB ([www.behindertenbeauftragter.de](http://www.behindertenbeauftragter.de)) schriftlich oder per Post wenden. Eine Rechtsberatung darf dieser leider nicht leisten. Das Servicetelefon ist von montags bis donnerstags zwischen 08.00 Uhr bis 20.00 Uhr (T: 030-221-911006) erreichbar. Innerhalb der Bundestagsfraktion von CDU und CSU ist die sächsische Bundestagsabgeordnete Maria Michalk Behindertenbeauftragte. Darüber hinaus bietet der Deutsche Bundestag politische Bildungsreisen nach Berlin für Menschen mit Behinderung an. Hierzu können Sie sich gerne in meinem Büro informieren.



Behindertenbeauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion  
Frau Maria Michalk MdB  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1 | 11011 Berlin



Beauftragter der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen  
Herr Hubert Hüppe MdB  
Mauerstraße 53 | 10117 Berlin

## „Wasserfest“ in Thekla rundum gelungen – Bettina Kudla im Gespräch



**Rundum gelungen war das „Wasserfest“ in Thekla vom 24.-26. Mai 2013.** Auch wenn es Petrus mit dem Wetter nicht allzu gut meinte, kamen die Besucher an den Bagger, um das bunte Programm zu genießen. Höhepunkt war wieder das „Badewannenrennen“. Am CDU-Stand gab es für mich als direkt gewählte Bundestagsabgeordnete für Leipzig-Nord auch die Gelegenheit, in ungezwungener Atmosphäre mit den Bürgern ins Gespräch zu kommen. Ausgerichtet wurde das Wasserfest vom Bürgerverein Leipzig Nordost e. V., dessen Schatzmeister unser Leipziger Finanzbürgermeister Torsten Bonew (CDU) ist. Auch der Vorsitzende des CDU-Ortsverband Leipzig-Nordost, Andreas Nowak, brachte sich erneut tatkräftig ein und organisierte unter anderem Preise für die Gewinner des Badewannenrennens. Bei allen, die dazu beigetragen haben, dass das Wasserfest in Thekla wieder ein so großer Erfolg war, bedanke ich mich herzlich. Ich freue mich schon auf nächstes Jahr!



FOTO: PAULAE

Christine Clauß MdB, Sächsische Staatsministerin für Gesundheit und Verbraucherschutz

## Gesundheit schafft Arbeit – Koordinierungsstelle Gesundheitswirtschaft Sachsen

Dem Gesundheitswesen kommt eine wichtige arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitische Bedeutung in Deutschland und Sachsen zu. Rund 4,9 Millionen Menschen waren im Jahr 2011 im Gesundheitsbereich beschäftigt - allein in Sachsen mehr als 100.000, die etwa 12 Prozent zum Bruttosozialprodukts des Freistaats beigetragen haben.

Die sächsische Gesundheitswirtschaft ist überwiegend geprägt durch Kleinunternehmen von weniger als zehn Beschäftigten (etwa 85 Prozent aller Unternehmen). Diese sind zwar reich an Flexibilität und Innovationskraft, doch bedarf es bei größeren oder internationalen Aufträgen einer gezielten Unterstützung dieser Unternehmen. Hierzu hat die sächsische Staatsministerin für Soziales und Verbraucherschutz, Christine Clauß MdB (CDU), die Koordinierungsstelle Gesundheitswirtschaft ins Leben gerufen. Unternehmen können auf der Internetplattform „HEALTHY SAXONY“ ([www.healthy-saxony.com](http://www.healthy-saxony.com)) Rat suchen. Die wichtigsten Schwerpunkte dieser Stelle sind die Stärkung kleiner und mittlerer Unternehmen, Unterstützung des Wissenstransfers und Unterstützung bei der Erschließung überregionaler Märkte. Wirtschaft und Medizin sollen so besser vernetzt werden und die Wettbewerbsbedingungen für die sächsische Gesundheitswirtschaft begünstigen.



**Europas erstes Clownmuseum steht seit 2007 in Leipzig!** In der Reiskestraße 12-14 im Stadtteil Reudnitz können Sie alles aus der Welt der Clowns erleben. Zu sehen sind über 350 Plakate, 2.500 Figuren von 1 bis 180 cm aus allen Materialien und den verschiedensten Ländern (die älteste Figur ist etwa 90 Jahre alt), Marionetten, Bilder, Zeitungsartikel, Filmaufnahmen, Videos und viele Geschenke von berühmten Clowns.

Der Verein Dipetos Welt der Clowns e.V. mit dem Projektleiter Hans-Dieter Hormann setzt sich auch für einen Umzug des Museums in die Leipziger Innenstadt ein. Größere, publikumsnahe Räumlichkeiten werden gebauet, um die Geschichte der Clowns und Spaßmacher zu bewahren und lebendig zu verbreiten. Auch sollen unbekannte, junge Clowns ein Podium erhalten und bekannte Clowns den Besuchern vorgestellt werden.

Öffnungszeiten am jetzigen Standort: Dienstag - Freitag: 11.00-17.00 Uhr; Sonntag: 13.00-17.00 Uhr. Führungen können unter Tel. 0170-3110332 gebucht werden.

Clowns verschönern auch Betriebsfeste und private Feiern! Schauen Sie doch auf die Webseite: <http://www.clown-museum.de/> - Dort finden Sie weitere Informationen!



FOTO: HORMANN/ CLOWNMUSEUM

Hans-Dieter Hormann mit dem großen Walter Galetti im Clownmuseum

## Infos zur Briefwahl +++ Wichtige Branche: Die Freien Berufe

So machen Sie's richtig:

# Briefwahl zur Bundestagswahl am 22. September 2013

**Jeder Wahlberechtigte kann sein Wahlrecht durch Briefwahl ausüben!**

- \* **Zunächst müssen Sie einen Antrag auf Erteilung der Briefwahlunterlagen stellen:**

Dies kann schriftlich (auch per E-Mail) oder mündlich – jedoch nicht telefonisch – in Leipzig bei der Briefwahlstelle (Neues Rathaus, Eingang Lotterstraße) beantragt werden. Der Antragsteller muss Familiennamen, Vornamen, Geburtsdatum und seine Wohnanschrift (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort) angeben. Der Antrag sollte so frühzeitig wie möglich bei der Gemeinde Ihres Hauptwohnortes gestellt werden. Hierzu müssen Sie nicht den Erhalt der Wahlbenachrichtigung abwarten. Spätester Termin für die Beantragung ist Freitag vor der Wahl (20. September 2013) bis 18:00 Uhr. Unter bestimmten Bedingungen gibt es längere Fristen.

- \* **Wählen und Versenden:**

Der Wahlbrief muss rechtzeitig per Post versandt werden (spätestens am dritten Werktag vor der Wahl!), damit er bei der zuständigen Stelle spätestens am Wahlsonntag bis 18:00 Uhr vorliegt. Um 18:00 Uhr endet die Wahl. Später eingehende Wahlbriefe werden bei der Stimmenauszählung nicht mehr berücksichtigt. Der Wahlbrief muss bei Übersendung per Post innerhalb der Bundesrepublik Deutschland nicht frankiert werden. Im Ausland muss er ausreichend frankiert werden. Die Kosten hierfür trägt der Briefwähler.

- \* **Alternativen:**

Den Wahlbriefumschlag können Sie direkt bei der auf dem Umschlag angegebenen

Stelle abgeben.

- \* **Oder:**

Wenn Sie vor dem 22. September persönlich die Briefwahlunterlagen abholen, können Sie Ihre Stimme auch an Ort und Stelle in der Gemeindebehörde abgeben.

Weitere Informationen unter [http:// www.bundeswahlleiter.de](http://www.bundeswahlleiter.de)

**Bitte gehen Sie zur Wahl und ermuntern Sie dazu auch Ihre Freunde und Bekannten! Wer am Wahltag verreist ist oder keine Zeit hat, ins Wahllokal zu gehen, sollte sein Wahlrecht nicht einfach verfallen lassen, sondern es durch Briefwahl ausüben.**

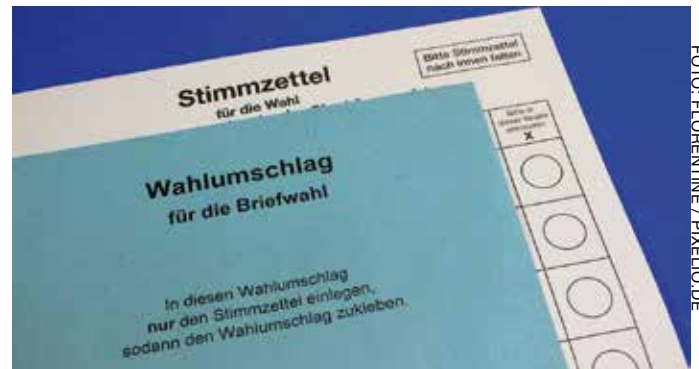


FOTO: FLORENTINE / PIXELIO.DE

## Die Freien Berufe – Wachstumstreiber in der Sozialen Marktwirtschaft

Die Freien Berufe sind ein Wachstumsmotor der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland. Das zeigt der Bericht der Bundesregierung zur Lage der Freien Berufe.

Mit fast 1,2 Millionen selbständigen Freiberuflern wurde Anfang 2012 ein neuer Höchststand erreicht. Mit einem Jahresumsatz von rund 370 Milliarden Euro steuert die Branche 10,1 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt bei (1991 waren es noch 6,7 Prozent). Insgesamt beschäftigen die Freien Berufe rund 3,1 Millionen Menschen, darunter fast drei Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Jedes Jahr finden etwa 43.000 junge Menschen hier ihren Ausbildungsplatz. Damit gehören die Freien Berufe zum drittgrößten Ausbildungsbe- reich hinter Industrie und Handel und haben maßgeblichen Anteil an der positiven Entwicklung am Arbeitsmarkt.

Mit der Mittelstandsinitiative „Auf den Mittelstand setzen: Verantwortung stärken – Freiräume erweitern“ bündelt das Bundeswirtschaftsministerium eine Vielzahl an Maßnahmen, mit denen die Bedingungen für kleine und mittlere Unternehmen (KMU)

verbessert werden sollen. Den Menschen mehr Chancen zu eröffnen, eigene Ideen zu verwirklichen und selbstbestimmt zu leben und zu arbeiten sind wichtige Ziele der Bundesregierung. Bürokratieabbau, Stärkung der Unternehmensfinanzierung und steuerpolitische Maßnahmen sind effiziente Mittel, die Leistungsbereitschaft der Menschen zu entfalten.



V.l.n.r.: Bettina Kudla MdB; Hartmut Koschyk MdB, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen; Klaus-Peter Flosbach MdB, Vorsitzender der AG Finanzen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

## 150 Jahre SPD: Jubiläum in Leipzig

Am 23. Mai 1863 wurde der „Allgemeine Deutsche Arbeiterverein“ in Leipzig, das damals zum Königreich Sachsen gehörte, gegründet. Somit war der Grundstein der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der SPD, gelegt. Aus diesem Grund feierte die SPD am 23. Mai dieses Jahres ihr 150. Jubiläum im Leipziger Gewandhaus.

Trotz vieler Differenzen, die sich im politischen Alltag zwischen CDU/CSU und SPD auftun, möchte ich der SPD nicht nur deshalb Respekt zollen, weil sie die älteste noch bestehende deutsche Partei ist. Die SPD hat Zeit ihres Bestehens immer wieder gezeigt, dass sie auf dem Boden von Rechtsstaat und Demokratie steht und hat diese Werte auch gegenüber den Feinden dieser Ideen in der Weimarer Republik oder während der NS-Zeit verteidigt.

Seit 1959 hat sich die SPD durch ihr „Godesberger Programm“ offiziell von der Ide-

ologie eines revolutionären Sozialismus verabschiedet und sich ganz zu unserer parlamentarischen Demokratie und unserem Rechtsstaat bekannt. Bei aller Auseinandersetzung um politische Sachfragen sollten diese gemeinsamen Werte die demokratischen Parteien verbinden.

Nicht zuletzt die Anwesenheit der gesamten deutschen Staatsspitze von Bundespräsident Gauck, über Bundestagspräsident Lammert (CDU), Bundeskanzlerin Merkel (CDU) sowie Bundesverfassungsgerichtspräsident Voßkuhle zeigte die Hochachtung vor der SPD als bedeutende demokratische Partei.

Dass auch Frankreichs Staatspräsident Hollande zu den Gästen und Festrednern gehörte, hob die freundschaftliche Zusammenarbeit mit unseren europäischen Nachbarn – auch auf Parteiebene – hervor und rückte Leipzig deutschlandweit in den Blickpunkt der Öffentlichkeit.

## Berufsberatung in Leipzig

Immer wieder erreichen uns Anfragen von Bürgern zum Thema Ausbildung und Beruf. Unter folgenden Kontakten können Sie sich in Leipzig kostenlos beraten lassen:

Agentur für Arbeit	bei allen Fragen zur Berufs- und Studienwahl besteht die Möglichkeit, eine persönlichen Gesprächstermin zu vereinbaren: <ul style="list-style-type: none"> <li>• telefonisch: 0800 4 5555 00 (gebührenfrei)</li> <li>• online: <a href="http://www.arbeitsagentur.de">www.arbeitsagentur.de</a> / „Kontakt“ / „Berufsberatung“</li> <li>• persönlich: in der Eingangszone der örtlichen Agentur für Arbeit</li> </ul>
Studentenwerk Leipzig	für alle Fragen rund um das Studium: Goethestr. 5 04109 Leipzig Tel.: 0341 – 96 59 5 <a href="http://www.studentenwerk-leipzig.de">http://www.studentenwerk-leipzig.de</a>
Handwerkskammer zu Leipzig	Beratung bei Fragen zur Aus- und Weiterbildung sowie zur Existenzgründung: <a href="http://www.hwk-leipzig.de/">http://www.hwk-leipzig.de/</a>
IHK zu Leipzig	Ansprechpartner zur Aus- und Weiterbildung sowie zur Umschulung: <a href="http://www.leipzig.ihk.de">www.leipzig.ihk.de</a> / „Aus- und Weiterbildung“

Außer den genannten Stellen gibt es auch zahlreiche private Arbeitsvermittlungen, die Sie z. B. in den „Gelben Seiten“ (im Internet [www.gelbeseiten.de](http://www.gelbeseiten.de)) finden können.

Gemeinsam erfolgreich  
für Deutschland.

Regierungsprogramm 2013 - 2017

Gemeinsam erfolgreich  
für Deutschland:

### Das Regierungsprogramm von CDU und CSU 2013-2017

Am 23. Juni 2013 haben CDU und CSU ihr gemeinsames Regierungsprogramm 2013-2017 verabschiedet. Hier werden die Leitlinien aufgezeigt, wie CDU und CSU ihre erfolgreiche Politik der letzten vier Jahre auch in der kommenden Legislaturperiode fortsetzen wollen. Das Regierungsprogramm als PDF sowie zahlreiche Videos dazu finden Sie hier: <http://www.cdu.de/regierungsprogramm>

### CDU-Kreisverband Leipzig wählte neuen Vorstand

Am 4. Mai 2013 wurde der neue Kreisvorstand der Leipziger Union auf einem ordentlichen Kreisparteitag gewählt. Die Wahl des Vorsitzenden Robert Clemen, der 78,8 Prozent der Stimmen erhielt, ist eine gute Wahl, gerade auch im Hinblick auf die anstehende Bundestagswahl im September 2013 und die Kommunal- und Landtagswahlen im Jahr 2014.

**Vorsitzender:** Robert Clemen MdL  
**stellv. Vorsitzende:** Cornelia Blattner  
**stellv. Vorsitzender:** Rolf Seidel MdL  
**stellv. Vorsitzender:** Stadtrat  
Gerd Heinrich  
**Schatzmeister:** Achim Haas  
**Schriftführerin:** Annett Albrecht

Ich gratuliere dem  
neuen Vorstand herzlich!

## Kontakt

**Wahlkreisbüro**  
Stockstraße 6  
04155 Leipzig  
Telefon: 0341 246760-55  
Telefax: 0341 246760-56  
E-Mail: [bettina.kudla@wk.bundestag.de](mailto:bettina.kudla@wk.bundestag.de)

**Abgeordnetenbüro**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: 030 227-72039  
Telefax: 030 227-76634  
E-Mail: [bettina.kudla@bundestag.de](mailto:bettina.kudla@bundestag.de)

[www.bettinakudla.de](http://www.bettinakudla.de)